

LAND TAGS KURIER



Seite 12:
Öffentliche Anhörung
zur Provenienzforschung
in sächsischen Museen



Seite 15:
Gedenken an Holocaust-
Opfer in der Gedenkstätte
Großschweidnitz



Seite 22:
Max Heldt und der
sächsische Landtag zur Zeit
der Weimarer Republik

Ausgabe
1.22



Sächsischer Landtag




Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

die ersten beiden Monate des Jahres sind bei uns in der Regel kalt und karg. Die Bäume tragen kein Laub, der Himmel zeigt sich grau in grau. Diese Stimmung habe ich vorgefunden, als ich am 27. Januar gemeinsam mit unserem Ministerpräsidenten Michael Kretschmer der Opfer des Nationalsozialismus gedachte. Auf dem Gelände der Gedenkstätte Großschweidnitz erlebte ich angesichts der vielen Menschen, die in der einstigen Heil- und Pflegenanstalt ermordet und auf dem Friedhofsgelände ihre letzte Ruhe fanden, eine traurige Stille. Die Euthanasie-Verbrechen von Großschweidnitz führen uns vor Augen, zu welchen Untaten Menschen im Abgrund ihres Herzens fähig sind. Das verübte Leid und das Schicksal der Opfer halten uns zum Gedenken und Nachdenken an. Über menschenverachtende Worte und Hass im Internet oder auf der Straße können wir nicht hinwegsehen. Wenn sich manche Gegner der Corona-Maßnahmen heute gelbe Judensterne anstecken, dann verhöhnen sie das Schicksal der Millionen Juden, die unter den Nationalsozialisten leiden und sterben mussten. So etwas ist aufgrund der deutschen Geschichte und unserer Grundwerte nicht hinnehmbar. Die Menschenwürde ist und bleibt das höchste Gut unseres Gemeinwesens. Vor diesem Hintergrund sehe ich es auch als ein hoffnungsvolles Zeichen, dass die Gedenkstätte Großschweidnitz dank großen Engagements zu einem würdigen und eindrucksvollen Ort der Erinnerungskultur in Sachsen geworden ist. Der Landtagskurier informiert darüber in der vorliegenden Ausgabe.

Welchen Wert politische Stabilität für eine Demokratie hat, kann man an der Zeit der Weimarer Republik ablesen. Um diese wechselvolle Epoche in Sachsen noch besser verstehen zu können, stellt der Landtagskurier seit dem vergangenen Jahr die sächsischen Ministerpräsidenten in der Zeit zwischen 1919 und 1933 vor. Den mittlerweile fünften Text dieser Serie, der diesmal die Biografie von Max Heldt beleuchtet, empfehle ich Ihnen auf diesem Wege recht herzlich.


Dr. Matthias Rößler
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

44. Sitzung des Sächsischen Landtags Geschichtsstunde in Finanzpolitik Aktuelle Preissteigerungen rufen historische Erinnerungen wach	4
44. Sitzung des Sächsischen Landtags Aufregung im Revier Verteilung der Fördergelder für den Strukturwandel sorgt für Unzufriedenheit	5
45. Sitzung des Sächsischen Landtags Regionales Denken mit Mehrwert Lebensmittelverarbeitung und -vermarktung stärkt die Wirtschaft vor Ort	6
45. Sitzung des Sächsischen Landtags Gesundheit ist Vertrauenssache Medizinische Versorgung in Sachsen soll verbessert werden	7
45. Sitzung des Sächsischen Landtags Grüner Kraftstoff für die Zukunft E-Fuels tragen zu klimafreundlicher Mobilität bei	8
Hintergrundinformationen zu E-Fuels	10
44. Sitzung des Sächsischen Landtags Keine Entwarnung, aber maßvolle Lockerungen Landtag debattiert weitere Schritte in der Corona-Pandemie	11

PARLAMENT

Sächsische Sammlungen auf dem Prüfstand Sachkundige informieren über den Stand der Provenienzforschung in Sachsen	12
Laufende Gesetzgebung	14

AKTUELLES

Gedenken an den Gräbern Landtag und Staatsregierung erinnern an die Opfer des Nationalsozialismus	16
Spritze im Parlament Landtag sichert mit eigenen Impfungen die Arbeitsfähigkeit	18

JUGEND

Politiker persönlich Was Abgeordnete über ihren Beruf denken	20
--	----

GESCHICHTE

Max Heldt – Im Dienst der Großen Koalition Ministerpräsidenten und Landtag in der Zeit von 1919 bis 1933 (Teil 5)	22
--	----

SERVICE

Weitere Informationen des Sächsischen Landtags	24
---	----

Von Preisentwicklung bis synthetische Kraftstoffe

Foto: O. Killig

// In der 44. Sitzung am 9. Februar 2022 debattierte der 7. Sächsische Landtag den aktuellen Bericht der Staatsregierung zur Corona-Pandemie, den Anstieg der Inflation und die Verteilung der Strukturhilfen in den sächsischen Kohlerevieren. In seiner 45. Sitzung am 10. Februar 2022 befasste sich das Plenum mit regionalen Lebensmitteln, der Zukunft der medizinischen Versorgung sowie Kraftstoffen aus erneuerbaren Energien, sogenannten E-Fuels. //



44. Sitzung des Sächsischen Landtags

// André Barth // Foto: S. Floss

Dr. Daniel Thieme

Geschichtsstunde in Finanzpolitik

Aktuelle Preissteigerungen rufen historische Erinnerungen wach

// Die erste Aktuelle Debatte der 44. Sitzung des 7. Sächsischen Landtags am 9. Februar 2022 befasste sich mit dem Thema »99 Jahre nach der Hyperinflation – Haben die Regierungen und die Zentralbanken immer noch nichts gelernt?«. Der Antrag wurde von der AfD-Fraktion auf die Tagesordnung gesetzt. //

Reserven sind aufgebraucht

Die Inflationsrate habe im Dezember bei 5,3 Prozent gelegen und verzeichne damit den höchsten Anstieg seit 50 Jahren, hob André Barth, AfD, an. Höhere Preise würden die finanzielle Situation bei einem Teil der Bevölkerung weiter verschärfen. Ihre Reserven seien nach zwei Jahren Pandemie aufgebraucht. Daher solle sich der sächsische Finanzminister dafür einsetzen, dass die Bundesregierung gegensteuere und die Mehrwertsteuer deutlich herabsetze. Ansonsten drohe eine Hyperinflation wie im Jahre 1923.

Eine Inflation von 5 Prozent sei keine Hyperinflation, entgegnete darauf Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU, seinem Vorredner. Eine solche Angst dürfe man nicht an die Wand malen. Dennoch müsse der Freistaat Sachsen die Entwicklungen mit Blick auf den kommenden Doppelhaushalt aufmerksam verfolgen. Angeheizt werde die Inflation durch die neue Bundesregierung. Die Erhöhung des Mindestlohns treibe die Preisspirale ebenso nach oben wie die Energiewende.

Preissteigerungen bei Vorprodukten

Nico Brünler, DIE LINKE, sah ebenfalls keine Parallelen zwischen der Hyperinflation von 1923 und heute. In der Geschichte der Bundesrepublik habe die Inflationsrate schon häufiger über fünf Prozent gelegen, etwa in den 1970er-Jahren. Man sehe im Moment vor allem eine Verteuerung der Vorprodukte, bedingt durch Lieferketten-Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. Außerdem gebe es außergewöhnliche Preisanstiege bei Energie und Lebensmitteln.

Gerhard Liebscher, BÜNDNISGRÜNE, erklärte, die Weltwirtschaft habe mit der Corona-Pandemie einen Schock erlebt, auf den eine außerordentliche Verknappung des Angebots folgte. Vergleichbar sei die heutige Situation am ehesten mit der Ölpreiskrise der 1970er-Jahre. Bei der momentanen Inflationsrate werde zu wenig beachtet, dass die Preise im Jahr 2020 unterdurchschnittlich niedrig gewesen seien. Gegensteuern solle man nicht mit Geldpolitik, sondern eher mit Sozialpolitik.

Keine Panik verbreiten

Der Debattentitel der AfD sei absurd, fand Dirk Panter, SPD, deutliche Worte. Angst-macherei bringe nichts ein, vielmehr müsse es eine sachliche Auseinandersetzung geben. Vielen Menschen bereiteten die steigenden Preise, speziell die hohen Energiekosten, zunehmend Sorgen. Darum müsse man sich kümmern. Seit der Einführung des Euro habe die durchschnittliche Preissteigerung in Deutschland 1,4 Prozent betragen. Zu Zeiten der D-Mark seien es über drei Prozent gewesen.

Hartmut Vorjohann, Staatsminister der Finanzen, CDU, erklärte, das Lernen aus der Geschichte sei zweifellos hilfreich. Aus den historischen Verwerfungen des 20. Jahrhunderts habe man gelernt, indem etwa unabhängige Finanzinstitutionen wie die Europäische Zentralbank entstanden seien. Zu den historischen Lehren gehöre ebenso die Notwendigkeit einer soliden Haushaltspolitik. Wenn die Belastungen aus der Corona-Pandemie ausliefen, müsse Sachsen zu den regulären Fiskalregeln zurückkehren.

Dr. Daniel Thieme

Aufregung im Revier

Verteilung der Fördergelder für den Strukturwandel sorgt für Unzufriedenheit

44. Sitzung des Sächsischen Landtags

// »Geld? Alle. Strategie? Keine. Beteiligung? Fehlanzeige. Chance auf Strukturwandel für die Lausitz vertan. Danke für gar nichts, Herr Schmidt!«, lautete die zweite Aktuelle Debatte am 9. Februar 2022. Sie wurde von der Fraktion DIE LINKE beantragt. //

Keine ausreichende Mitsprache

Der Strukturwandel bietet im Grunde genommen den Stoff für eine Erfolgsgeschichte, begann Antonia Mertsching, DIE LINKE. Nun aber mache sich Frustration in den Revieren breit. Regionale Strukturen seien zerstört worden und Akteure vor Ort haben ihre Motivation verloren. De facto entscheide die Sächsische Agentur für Strukturentwicklung, welche Projekte qualifiziert würden. Die Regionalen Begleitausschüsse seien hingegen ein Feigenblatt ohne gleichberechtigte Stimmenverhältnisse.

Die meisten Projekte fänden vor allem in den Revieren, also vor den Toren der Kommunen statt, so Dr. Stephan Meyer, CDU. Deshalb sei es vollkommen nachvollziehbar, dass die Regionalen Begleitausschüsse mit kommunalen Vertretern dort stimmberechtigt seien. Die Begleitausschüsse wiederum bestünden aus einer Vielfalt gesellschaftlicher Gruppen, die sich auch inhaltlich einbringen könnten. Insgesamt habe das Lausitzer Revier 946 Millionen Euro an Bundeshilfen zur Verfügung.

Regionale Identität erhalten

Thomas Thumm, AfD, kritisierte, dass die Kohlepolitik im Freistaat zu bürokratisch, bürgerfern und hochgradig intransparent sei. Die Staatsregierung schwärme von Forschungseinrichtungen und Innovationszentren. Doch wie sie die notwendigen Wertschöpfungsketten, Arbeiter und Handwerker in der Lausitz halten wolle, könne sie nicht beantworten. Es müsse vor allem dafür gesorgt werden, dass die regionale Identität nicht verloren gehe. Außerdem dürfe es keinen vorgezogenen Kohleausstieg geben.

Thomas Löser, BÜNDNISGRÜNE, gab zu bedenken, dass der Strukturwandel gesamtgesellschaftliche Anstrengungen erfordere. Bei aller berechtigter Kritik dürfe es nicht passieren, dass er schon zu Beginn negativ besetzt und schlechtgeredet werde. Wenn der Kohleausstieg bis 2038 gelingen solle, müsse das Geld schneller in die Reviere fließen. Notwendig sei ebenso mehr Transparenz seitens des Regionalministeriums und der Begleitausschüsse.

Projekte warten auf Umsetzung

Es dürfe nichts für gescheitert erklärt werden, ehe es überhaupt irgendeine Wirkung entfalte, warnte auch Volkmar Winkler, SPD. Das werde diesem großen Transformationsprozess nicht gerecht. Die Gelder seien nicht aufgebraucht, sondern lediglich gebunden. Sachsen habe bereits eine Vielzahl von Projekten angemeldet und warte auf deren Umsetzung. Man wolle damit den Freistaat als führenden Standort in der Elektromobilität, der Wasserstoffwirtschaft sowie der Mikroelektronik etablieren.

Mit Populismus könne man keinen Strukturwandel durchführen, nahm Regionalminister Thomas Schmidt, CDU, auf den Debattentitel Bezug. Es gebe selbstverständlich eine Strategie, die mit Zielen und vielen Handlungsfeldern untersetzt sei. Sachsen habe dies als erstes Bundesland auf die Beine gestellt. Thomas Schmidt reagierte überdies auf Kritik an mangelnder Transparenz: Er habe in jeder Ausschusssitzung über den Strukturwandel berichtet und Fragelisten mündlich oder auch schriftlich beantwortet.

// Antonia Mertsching // Foto: S. Floss



Regionales Denken mit Mehrwert

Dr. Daniel Thieme

45. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Volkmar Zschocke

Lebensmittelverarbeitung und -vermarktung stärkt die Wirtschaft vor Ort

Bauern unter Druck

Die Landwirtschaft stehe unter dem enormen Druck, für Billigpreise zu produzieren und gleichzeitig gestiegene Umwelt- und Tierwohlanforderungen zu erfüllen, so Volkmar Zschocke, BÜNDNISGRÜNE. Ein Ausweg aus der Misere sei es, neue Strukturen für regionale Verarbeitung und Vermarktung aufzubauen. Indem Lebensmittel aus Sachsen vor Ort weiterverarbeitet und verwendet würden, entstünde ein gesellschaftlicher Mehrwert, der größer sei als die rein wirtschaftliche Wertschöpfung.

Es sei bisher unklar, was mit dem Begriff »Regionalität« genau gemeint sei, merkte Ines Springer, CDU, an. Wenn von Regionen gesprochen werde, müsse man sich darüber verständigen, ob damit beispielsweise nur die Vorstadt von Dresden, Sachsen oder andernfalls ganz Deutschland gemeint sei. In der Abwägung verschiedener landwirtschaftlicher Produktionsformen setzte sich ihre Fraktion dafür ein, alle gleich zu behandeln. Bio-Produkte seien genauso wertvoll wie konventionell erzeugte Lebensmittel.

Einschränkungen reduzieren

Nach Ansicht von Jörg Dornau, AfD, werde den Bauern eine regionale und auskömmliche Versorgung der Bevölkerung immer mehr er-

// In seiner 45. Sitzung debattierte der 7. Sächsische Landtag am 10. Februar 2022 über das Thema »Lebensmittel aus Sachsen: Regionalwert schaffen, Land und Stadt verbinden, gesunde Esskultur fördern.« Die Aktuelle Debatte wurde von der Fraktion BÜNDNISGRÜNE beantragt. //

schwert. Riesige Windräder und Solaranlagen vernichteten Lebensräume und machten wertvolles Ackerland für Generationen unbrauchbar. Der notwendige Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln werde ebenso eingeschränkt. Wenn man weiterhin über Lebensmittel aus Sachsen reden wolle, müsse der Zugang zu modernen Betriebsmitteln möglich bleiben.

Antonia Mertsching, DIE LINKE, wies auf bestehende Schwierigkeiten bei regionalen Lebensmitteln hin. So würde zwar eine Mehrheit der Verbraucher behaupten, Produkte der Region zu kaufen, tatsächlich tun würden dies aber letztlich nur 20 Prozent. Gründe für diese Zurückhaltung seien die höheren Preise, vor allem aber die Alltags-tauglichkeit und die Zeit. Hinzu komme die Anspruchshaltung, es müsse alles zu jeder Zeit zur Verfügung stehen.

Ländliche Räume stärken

Juliane Pfeil, SPD, betonte, dass regionale Werte auch über ganz kleine innovative Ideen geschaffen würden. Beispiele dafür seien unter anderem Hofläden, die in ländlichen Gebieten Versorgungslücken stopften. Zu Regionalwerten gehöre auch, sich intensiver mit den Lohnverhältnissen in der Land-

wirtschaft oder bei den Saisonarbeitskräften auseinanderzusetzen. Diejenigen, die produzierten und verkauften, erwarteten eine angemessene Entlohnung. Dies halte die Landwirte in der Region.

Regionale Wertschöpfung in der Landwirtschaft stärke den ländlichen Raum, stimmte Landwirtschaftsminister Wolfram Günther, BÜNDNISGRÜNE, zu. Dieses Anliegen sei mit weiteren Aufgaben verbunden, wie beispielsweise Umweltzielen, tiergerechter Haltung und verlässlichen Einkommensperspektiven in der Landwirtschaft. Ein Wachstumsthema sei der Ökolandbau, wobei der Schwerpunkt noch stärker auf regionalen Bio-Produkten liegen solle.

// Ines Springer // Fotos: O. Killig





45. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Simone Lang, Susanne Schaper // Fotos: O. Killig

Dr. Daniel Thieme

Gesundheit ist Vertrauenssache

Medizinische Versorgung in Sachsen soll verbessert werden

// In der zweiten Aktuellen Debatte der 45. Sitzung des Sächsischen Landtags thematisierte die SPD-Fraktion unter dem Titel »Die Menschen im Mittelpunkt: Das Gesundheitssystem von morgen sicher, modern und leistungsfähig gestalten« die Zukunft der Gesundheitspolitik in Sachsen. //

diese Ansprüche der aktuellen Situation noch gerecht würden. Der Fachkräftemangel sei lange bekannt. Die Pflege-Enquetekommission habe bereits Empfehlungen gegeben. Die Koalition müsse nun endlich handeln.

Menschen an erster Stelle

Schlagzeilen über Personal- und Fachärztemangel sowie Krankenhausschließungen ließen aktuell am Vertrauen in das Gesundheitssystem zweifeln, fand eingangs Simone Lang, SPD. Zu den Herausforderungen gehörten die demografische Entwicklung und die unterschiedliche Versorgung zwischen Städten und ländlichen Regionen. Das Ziel müsse es sein, für alle Menschen in Sachsen die besten medizinischen Bedingungen zu gewährleisten. Im Mittelpunkt stehe der Mensch, nicht der Profit.

Daniela Kuge, CDU, gab zu Bedenken, dass eine umfassende Gesundheitsversorgung auch ökonomische Stärke benötige. Es brauche ein System, das auf die gesundheitlichen Probleme der Menschen individuell eingehe und innovative Lösungsansätze schaffe. Durch Internetmedizin, Online-Beratung, E-Arztbesuche oder elektronische Patientenakten werde die medizinische Versorgung effektiver und stelle dennoch den

Menschen in den Mittelpunkt. Auch in der Pflege sei digitale Unterstützung denkbar.

Eklatante Versorgungsprobleme

Im Moment könne bei der Gesundheitspolitik nicht vom Gestalten gesprochen werden, warf Frank Schaufel, AfD, ein. In Sachsen seien Mitte des letzten Jahres 434,5 Vertragsarztstellen unbesetzt gewesen. In der Pflege zeichneten sich eklatante Versorgungsprobleme ab. Deutschlandweit fehlten bereits heute 200 000 Arbeitskräfte. Der Investitionsstau in den sächsischen Krankenhäusern betrage 350 Millionen Euro, dennoch seien reguläre Investitionsmittel in der Coronapandemie gekürzt worden.

Susanne Schaper, DIE LINKE, wies auf die Erwartungen der Patienten hin. Sie wünschten sich eine zeitnahe, verständliche, empathische und den aktuellen medizinischen Erkenntnissen folgende medizinische Gesundheitsversorgung. Es sei allerdings fraglich, ob

Innovationen angekündigt

Die Menschen interessierten sich beim Thema Gesundheit vor allem für Fragen, die die praktische Versorgung betreffen, so Kathleen Kuhfuß, BÜNDNISGRÜNE. Im Koalitionsvertrag seien dazu viele Innovationen angekündigt worden, beispielsweise Gesundheitszentren im ländlichen Raum, Praxisnetze oder mobile Angebote. Regionen außerhalb Sachsens, die ebenfalls vom Strukturwandel betroffen seien, zeigten, dass die Ideen funktionierten.

Die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Petra Köpping, SPD, hob hervor, dass eines der ersten Projekte dieser Legislatur die Abschaffung des Schulgeldes für Gesundheitsberufe gewesen sei. Bei der Arztgewinnung setze man auf Hausarztstipendien, das Medizinstudienprogramm in Ungarn sowie die Landarztquote. Den Pflegebereich fördere man unter anderem mit Strukturhilfen und Pflegekoordinatoren für eine vernetzte Beratung vor Ort.



// Auf Antrag der CDU-Fraktion befasste sich der Sächsische Landtag mit regenerativen Energien. »Auch mit E-Fuels zur Klimawende – alle relevanten Antriebstechnologien im Verkehr sinnvoll einsetzen!« lautete die dritte Aktuelle Debatte der 45. Plenarsitzung am 10. Februar 2022. //



// Andreas Nowak



// Timo Schreyer



// Marco Böhme



// Dr. Daniel Gerber



// Hennig Homann // Fotos: O. Killig

Dr. Daniel Thieme

45. Sitzung des Sächsischen Landtags

Grüner Kraftstoff für die Zukunft

E-Fuels tragen zu klimafreundlicher Mobilität bei

CDU: Energieeffizienz im Ganzen betrachten

In der Debatte sprach zuerst Andreas Nowak, CDU. Er ging zunächst auf die Kritik ein, E-Fuels hätten gegenüber anderen Energieträgern eine geringere Effizienz. In diesem Vergleich dürfe allerdings nicht ausschließlich der Wirkungsgrad des Motors betrachtet werden, so der Abgeordnete. Vielmehr komme es auf die technische Gesamteffizienz des Kraftstoffes an. Maßgeblich für die Erzeugung von erneuerbaren Energien seien die Volllaststunden, also die Auslastung einer Anlage zur Stromgewinnung. In Deutschland betrage die Energieeffizienz bei Fotovoltaikanlagen 39 Prozent

und bei Windkraftanlagen 32 Prozent. In anderen Regionen liege sie mitunter deutlich höher. So erreichten Fotovoltaikanlagen in Nordafrika 94 Prozent Effizienz, Windkraftanlagen immerhin 56 Prozent. Man müsse das Problem folglich global betrachten. An E-Fuels führe kein Weg vorbei, zumal sie sich anders als der Strom für Batteriefahrzeuge auch über weite Strecken transportieren ließen.

AfD: Technologieoffenheit statt Verbote

Seine Fraktion sei die einzige im Landtag, die keine bestimmte Antriebsart verbieten wolle, sondern für Technologieoffen-

heit stehe, stellte Timo Schreyer, AfD, klar. So dürfe man auch den Dieselmotor nicht abschaffen, sondern im Interesse der Bürger und der kleinen und mittelständischen Betriebe weiterentwickeln. Gleiches gelte für Benzinmotoren: Anstatt ihre Nutzungskosten durch Steuern und Abgaben künstlich in die Höhe zu treiben, sollten sie effizienter gemacht werden. Grundsätzlich spreche sich die AfD-Fraktion für E-Fuels als eine Antriebstechnologie unter vielen aus, da synthetische Kraftstoffe nicht nur sauber, sondern auch ressourcenschonend eingesetzt werden könnten. Ihre Verwendung hänge jedoch davon ab, ob sie in Zukunft ökonomisch sinnvoll verwendet werden

könnten. Ihre weitere Erforschung und Entwicklung müsse in den Strukturwandelregionen wie der Oberlausitz und in den automobilverbundenen Regionen wie Südwestsachsen angesiedelt werden.

LINKE: Keine Alternative zur Elektrifizierung

E-Fuels, also Kraftstoffe, die nicht aus Erdöl, sondern aus künstlichen Alternativen erzeugt würden, seien von der Idee her eine gute Sache, befand Marco Böhme, DIE LINKE. Es stelle sich jedoch die Frage, woher die alternativen Rohstoffe stammen sollten. Zwar sei es denkbar, E-Fuels aus Wasserstoff

herzustellen. Dafür benötige man allerdings Wasserstoff aus erneuerbaren Energien, deren Ausbau die CDU in Sachsen bislang massiv blockiere. Selbst wenn mehr grüner Strom zur Verfügung stünde, sollte er besser für den direkten Verbrauch eingesetzt werden. Die Elektrifizierung müsse, dort wo es möglich sei, Vorrang haben. Ein E-Auto habe einen fünfmal geringeren Stromverbrauch, als wenn erst synthetische Kraftstoffe hergestellt würden. Noch besser wäre es, das Auto ganz weglassen zu können und den ÖPNV auszubauen. Dann wären die Menschen auch weniger auf das Auto angewiesen, als sie es heute seien.

BÜNDNISGRÜNE: Ungeeignet für den Individualverkehr

Der Verkehrssektor mache 20 Prozent der CO₂-Emissionen in Deutschland aus, so Dr. Daniel Gerber, BÜNDNISGRÜNE. Im Jahrzehnt vor Corona haben sie um sieben Prozent zugelegt. Um die gesetzlich verankerten Klimaschutzziele zu erreichen, brauche es bis 2030 jedoch eine Halbierung der aktuellen Emissionen im Verkehrssektor. Dafür müssten alle Bereiche der Mobilität betrachtet und verschiedene Antriebskonzepte

auf Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit geprüft werden. Alle seriösen Studien kämen zum Ergebnis, dass die direkte Elektrifizierung in den allermeisten Fällen gegenüber dem Umweg über Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe vorzuziehen sei. Das gelte sowohl für die Umweltbilanz und den gesamten Lebenszyklus als auch im Hinblick auf die Kosten. Bei der Herstellung von E-Fuels ergebe sich ein sehr hoher Effizienzverlust, da mehrfach Energie umgewandelt werden müsse. Im Individualverkehr haben sie daher nichts zu suchen.

SPD: Umbau der Industrie fördern

Henning Homann, SPD, vertrat ebenfalls die Ansicht, dass E-Fuels im Vergleich zu batterieelektrischen Pkw die schlechtere Option darstellten. Das bedeute aber nicht, dass die dahinterstehende Technologie nicht sinnvoll sei. Man werde synthetische Kraftstoffe benötigen, um den klimaneutralen Umbau des Verkehrssystems und der Industrie zu organisieren. Das schließe auch ihren wahrscheinlichen Einsatz in der Luft- und Seefahrt ein. Wenn man E-Fuels fördern wolle, sei alles dafür zu tun, die erneuerbaren Energien auszu-



»Unterschiedliche Transportbedürfnisse werden auch in Zukunft unterschiedliche Lösungen erfordern.«

45. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Martin Dulig

bauen. Man dürfe diese Aufgabe nicht auf andere Länder abwälzen, sondern müsse es schon selbst erledigen. Es sei ein Fehler, bei der Mobilität weiterzumachen wie bisher, nur eben mit Wasserstoff oder E-Fuels. Die Veränderungen müssten tiefer ansetzen. Es erfordere politische Unterstützung, dass Sachsen ein Industrieland der Zukunft bleibe. Man habe jetzt die Chance, Industrien anzusiedeln und einen eigenen »Vorsprung Ost« zu generieren.

Staatsregierung: Schwerpunkt auf Elektromobilität

Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, SPD, warnte davor, die Debatte zu einseitig zu führen. Nur über E-Fuels zu reden, sei zu kurz gesprungen. Die Kraftstoffe erzeugten beim Verbrennungsmotor genauso viel CO₂ wie Diesel und Benzin. Ihre Herstellung ergebe nur dann ökologisch Sinn, wenn das CO₂ aus der Atmosphäre genommen werde. Für die Mobilitätswende bleibe dennoch der Elektroantrieb die erste Wahl. Er sei in der Anwendung CO₂-neutral und überdies leise. Sachsen fahre mit dem Thema Elektromobilität bislang sehr gut, auch wenn nach wie vor ein hoher Ausbaubedarf bei der Ladeinfrastruktur bestehe. Die Technologie schreite weiter voran, etwa in der Batterietechnologie. Feststoffbatterien oder gar lithiumfreie Calcium-Ionen-Batterien würden künftig ebenfalls alltagstauglich. In den nächsten Jahren werde jedes vierte in Europa produzierte Elektroauto aus Sachsen kommen.



Hintergrundinformationen zu E-Fuels

Dr. Daniel Thieme

Klimaneutraler Kraftstoff

Synthetische Kraftstoffe – auch E-Fuels genannt – werden im Gegensatz zu Benzin und Diesel nicht aus Erdöl, sondern mithilfe von erneuerbarem Strom und CO₂ gewonnen. Sie können in Verbrennungsmotoren eigenständig verwendet oder konventionellen Kraftstoffen beigemischt werden. E-Fuels verbrennen nahezu rußfrei und emittieren damit deutlich weniger klimaschädliches Kohlendioxid (CO₂) und fast keinen Feinstaub oder Stickstoffoxid. Ihre CO₂-Bilanz ist nahezu neutral, da nur so viel CO₂ ausgestoßen wird, wie für ihre Produktion notwendig ist.

Für die Herstellung von E-Fuels kommen verschiedene Ausgangsprodukte in Frage. Vor allem aber werden CO₂,

// Der Weg in die Zukunft der Mobilität dürfte vielspurig verlaufen. Synthetische Kraftstoffe können dazu beitragen, die klimaschädlichen Abgase von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor zu reduzieren. Sie haben vor allem dort ihr Potenzial, wo Batteriespeichertechnik an ihre Grenzen stößt. //

Wasser und regenerativ erzeugter Strom benötigt. Im sogenannten Fischer-Tropsch-Verfahren wird der Wasserstoff durch aus der Atmosphäre entnommenes CO₂ zu einem flüssigen Kraftstoff synthetisiert (Power-to-Liquid-Verfahren). Das CO₂ kann ebenso aus Industrieprozessen, wie der Stahlproduktion abgefangen werden.

Interessante Einsatzbereiche

Für den Einsatz von E-Fuels müssen Autos nur wenig umgebaut werden. In Schiffen, Flugzeugen oder Lastwagen können

sie ebenfalls zum Einsatz kommen – also dort, wo Batterien voraussichtlich auch in naher Zukunft nicht die herkömmlichen Antriebe ersetzen werden. E-Fuels lassen sich, ähnlich wie andere Kraftstoffe, über lange Distanzen kostengünstig transportieren und in sehr großem Maßstab stationär speichern.

Trotz ihrer hohen Energiedichte ist die Effizienz von E-Fuels deutlich geringer als beim Batterieantrieb. Auch liegen die Herstellungskosten derzeit noch deutlich höher als bei Benzin oder Diesel. Es besteht also weiterhin viel Forschungsbedarf, vor allem im Hinblick auf ihre Herstellung im großen Maßstab.

Foto: alexanderuhrin/
stock.adobe.com



[www.tu-freiberg.de/
forschung/
synthetische-und-
biogene-kraftstoffe](http://www.tu-freiberg.de/forschung/synthetische-und-biogene-kraftstoffe)

Kompetenz in Sachsen

Sachsen verfügt bereits seit vielen Jahren über hohe Kompetenzen im Bereich der synthetischen Kraftstoffe. So entwickelte beispielsweise die Chemieanlagenbau Chemnitz GmbH einen Prozess zur Erzeugung von synthetischem Benzin nur aus Kohlendioxid, Strom und Wasser. Eine Demonstrationsanlage ist seit längerem an der TU Bergakademie Freiberg in Betrieb. In Dresden befindet sich mit der Firma Sunfire ein weltweit führendes Elektrolyse-Unternehmen.



// In der 44. Sitzung des Sächsischen Landtags am 9. Februar 2022 berichtete die Sächsische Staatsregierung über die Corona-Pandemie in Sachsen. Sie warnte vor übereilten Lockerungen sowie der verhältnismäßig geringen Impfquote in Sachsen. Im bundesweiten Vergleich waren die Infektionszahlen Anfang Februar noch immer niedrig. //

Foto: S. Floss

44. Sitzung des Sächsischen Landtags

Keine Entwarnung, aber maßvolle Lockerungen

Dr. Daniel Thieme

Landtag debattiert weitere Schritte in der Corona-Pandemie

Impfinfrastruktur ausbauen

Sozialministerin Petra Köpping, SPD, führte aus, dass die 7-Tage-Inzidenz in Sachsen zuletzt deutlich gestiegen sei. Daher wolle sie die Impfinfrastruktur weiter ausbauen, um die Impfquote unter Erwachsenen und Kindern zu steigern. Oliver Schenk, CDU, Chef der Staatskanzlei, warnte davor, die Virusvariante Omikron zu unterschätzen. Das zeigten beispielsweise jüngste Meldungen aus Israel. Dennoch müsse es maßvolle Lockerungen geben, schließlich trage jeder Einzelne auch selbst Verantwortung.

Jörg Urban, AfD, kritisierte, dass die Corona-Politik der Staatsregierung keinen quantifizierbaren Nutzen mehr vorweise. 2G- oder 3G-Einschränkungen hätten sich als fast wirkungslos erwiesen. Der Schutz durch Impfungen sei geringer als ursprünglich versprochen, trotzdem solle es bald eine einrichtungsbezogene Impfpflicht geben. Damit würden viele Pflegekräfte und Ärzte ins berufliche Abseits befördert. Zahlreiche Länder stufen Corona inzwischen ähnlich wie eine Grippe ein. Diesen Weg müsse nun auch Deutschland gehen.

Auf den Herbst vorbereiten

Auch bei der Omikron-Variante des Coronavirus schütze eine Impfung noch signifikant vor Ansteckungen und Übertragungen, so Alexander Dierks, CDU. Allerdings sei die Impfquote in Sachsen bisher noch zu niedrig, weshalb im Freistaat auch verhältnismäßig mehr Menschen an einer Corona-Infektion gestorben seien. Mit Blick auf den Sommer und den nächsten Herbst brauche es daher weitere Anstrengungen, um die Zahl der geimpften Bürger weiter zu erhöhen.

Es könne noch keine Entwarnung in der Pandemie geben, betonte Susanne Schaper, DIE LINKE. Vor allem seien gegenwärtig wieder viele Schülerinnen und Schüler von Infektionen betroffen. In anderen Bereichen drohe aufgrund stark steigender Quarantäne-Anordnungen übermäßige Personalknappheit. Die einrichtungsbezogene Impfpflicht im Gesundheitsbereich verunsichere geimpfte und ungeimpfte Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen und deren Arbeitgeber gleichermaßen.

Lebenssituationen berücksichtigen

Lucie Hammecke, BÜNDNISGRÜNE, führte eine Studie an, nach der Menschen, die in sozial benachteiligten Regionen leben, häufiger an Corona erkrankten als anderswo. Ärmere Menschen seien oft weniger geschützt auf Arbeit; in sozial benachteiligten Vierteln gebe es weniger Test- und Impfzentren. Man müsse daher das Handeln in der Pandemie, etwa bei der Steuerung von Impfkampagnen, mehr differenzieren und unterschiedliche Lebenssituationen stärker berücksichtigen.

Simone Lang, SPD, warnte davor, die bestehenden Einschränkungen voreilig aufzuheben. Das Ziel müsse es sein, die Welle so schnell wie möglich zu beenden und nicht unnötig in die Länge zu ziehen. In Sachsen gebe es sehr viele über 60-Jährige, die noch nicht geimpft seien. Als Gesellschaft habe man den Anspruch, diejenigen zu schützen, die besonders gefährdet seien. Gleichzeitig nehme man die negativen Folgen der Kontaktbeschränkungen wahr und ringe weiter um die richtigen Lösungen.



Janina Wackernagel

Sächsische Sammlungen auf dem Prüfstand

Sachkundige informieren über den Stand der Provenienzforschung in Sachsen

// Der Antrag der Fraktionen CDU, BÜNDNISGRÜNE und SPD »Provenienzforschung im Freistaat Sachsen weiterentwickeln – wissenschaftliche Aufarbeitung in sächsischen Museen, Bibliotheken und Kunstsammlungen sicherstellen« wurde am 24. Januar 2022 im Kulturausschuss angehört. Die Koalition hat sich darauf verständigt, die Forschung in diesem Themenbereich auszubauen. //

// Ausstellung »Kunstbesitz. Kunstverlust. Objekte und ihre Herkunft«, 2018/19 //
© Forschung, Staatliche Kunstsammlungen Dresden,
Foto: Barbara Bechter

Den Abgeordneten des Kulturausschusses wurde während der Anhörung mit anschaulichen Beispielen berichtet, welche Erfolge die sächsische Provenienzforschung der vergangenen Jahre mittlerweile vorzuweisen hat – aber auch, wie viel Arbeit noch vor den Forschern liegt.

Unentdeckte Schätze und NS-Raubgut in kommunalen Sammlungen

Da ist die Stadtbibliothek in Bautzen, in der in zwei Forschungsprojekten Teile der Büchersammlung der jüdischen Familie Tietz (Begründer der Hertie-Warenhäuser) entdeckt

werden konnten, deren Privatbesitz 1942 enteignet worden war. Bis dato habe man nicht wirklich gewusst, ob es in den kommunalen Bibliotheken Sachsens überhaupt NS-Raubgut gibt. Bibliothekare haben seinerzeit systematisch Leihzettel über die Namensetiketten geklebt, um deren Herkunft zu verdecken.

Das Projekt in Bautzen sei aber eine Ausnahme, denn im ländlichen Raum gebe es keine Fachexpertise, um die Altbestände in kommunalen Bibliotheken systematisch zu untersuchen. Kleinere und mittlere Museen hätten, wenn überhaupt, höchstens einen festangestellten Mitarbeiter, der sich gezielt um die Sammlung kümmern könne. Die Arbeit

entsprechender Projekte sei daher enorm wichtig und müsse verstetigt werden. Es diene schließlich der Aufarbeitung der Geschichte, aber auch der

Identifikation mit kommunalen Einrichtungen und der außerschulischen Bildungsarbeit, so Dr. Robert Langer, Leiter der Sächsischen Landesfachstelle für Bibliotheken.

Foto: M. Rietschel



Gemessen am Gesamtbestand ist noch viel zu tun

Die Generaldirektorin der SKD, Prof. Dr. Marion Ackermann, ging in ihrem Vortrag auf das Projekt »DAPHNE« ein. Man werde in absehbarer Zeit nicht damit »fertig sein«, Kulturgut aus sächsischen Sammlungen an seine rechtmäßigen Besitzer zurückzugeben. Zugleich machte sie darauf aufmerksam, dass

Kulturgutentzug in der Sowjetischen Besatzungszone müsse weiter aufgeklärt werden. Für Objekte, die DDR-Ausreisenden entzogen wurden, müsse stärker sensibilisiert werden und auch das sehr große Themenfeld Kolonialismus bringe für sächsische Museen fast jeder Größe weiteren Aufarbeitungsbedarf mit sich. Zu all diesen Aspekten gebe es in den großen Beständen sächsischer Sammlungen noch sehr viel zu tun.

DAPHNE

Projekt der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden (SKD) seit 2008, um deren Bestand aus mehreren Millionen Objekten zu erfassen und zu bewerten. Die sächsische Software-Firma Robotron hat dafür eigens eine Datenbank entwickelt, die mittlerweile deutschlandweit in Museen zum Einsatz kommt.

WASHINGTONER ERKLÄRUNG

Internationale Übereinkunft von 1998, in der Grundsätze festgelegt wurden, wie mit Kunstwerken umgegangen wird, die von den Nationalsozialisten beschlagnahmt und bislang nicht zurückerstattet wurden. Die konkrete Umsetzung obliegt den für Museen und Bibliotheken zuständigen Ministerien oder Landkreisen.

PROVENIENZFORSCHUNG

Fachrichtung, die erforscht, wie Gemälde, Plastiken, Bücher, Schmuck, menschliche Gebeine etc. in eine Sammlung gekommen sind. So kann man feststellen, wie legitim frühere Eigentumswechsel abgelaufen sind, aber auch die Authentizität von Objekten gewährleisten oder den Wert von Sammlungen bestimmen.

auch sächsische Museen Kulturgüter verloren hätten, so dass mit DAPHNE auch Rückgewinnungen möglich geworden seien.

Prof. Dr. Gilbert Lupfer von der Stiftung Deutsches Zentrum Kulturgutverluste wies darauf hin, dass das Projekt für den Freistaat Sachsen auch deshalb eine langfristige Aufgabe sei, weil neben der Untersuchung von NS-Raubgut neue Bereiche hinzugekommen seien: Der

Weiterhin berichteten Sachkundige von Rückgaben menschlicher Gebeine und Mumienteile aus den Staatlichen Ethnographischen Sammlungen Sachsen an Hawaii und Australien. Man sei derzeit in weiteren Gesprächen mit Neuseeland, Namibia und Tansania. In der Sächsischen Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden (SLUB) habe man im letzten Projekt zu NS-Raubgut 543 Bücher an die Lost-Art-Datenbank

gemeldet. Davon habe man bisher aber nur 61 Bücher an Erbgemeinschaften o. ä. zurückgeben können. Es wurde eindrücklich darauf hingewiesen, dass Rückgaben, sogenannte Restitutionen, nicht nur sehr viel Rechercheaufwand, sondern auch moralisches und ethisches Fingerspitzengefühl im Umgang mit Hinterbliebenen, sowie starken juristischen Sachverstand bräuchten. Wenn es immer nur zeitlich befristete Projektstellen gebe, könne es eben auch keine kontinuierlichen Ansprechpartner geben, die notwendige Expertise würde ständig wieder abfließen.

Rückgaben, aber auch Rückgewinne

Es wurden in der Anhörung auch Befürchtungen entkräftet, mit Restitutionen würden womöglich sächsische Museen leergeräumt. Dem sei offenkundig nicht so. Es habe einzelne, sehr berechnete Rückgaben gegeben. Abgesehen davon müsse man sich gut überlegen, ob man ernsthaft mit Stolz ein Kunstwerk ausstellen wolle, das einem nach Recht und Moral gar nicht zustehe, weil es einst geraubt oder abgepresst worden sei.



Zudem gebe es durchaus auch Überlassungsvereinbarungen mit Nachkommen. Damit könnten Objekte in Sammlungen verbleiben und ihre eigene Geschichte bereichern. Die Provenienzforschung diene dazu, Werke für Sammlungen wiederzugewinnen.

Dr. Jasper von Richthofen berichtete dazu aus den Görlitzer Sammlungen für Geschichte und Kultur: Etwa 80 Prozent der Bestände der einstigen Städtischen Kunstsammlungen Görlitz würden als Kriegsverluste gelten. Davon könnten sich heute zahlreiche Stücke unerkannt in polnischen Museen befinden. Daher wolle er mit polnischen Einrichtungen ein gemeinsames Forschungsprojekt anstoßen. Hierbei betrete man aber kulturpolitisches Neuland, warb er bei den Ausschussmitgliedern um entsprechende Unterstützung.



SACHKUNDIGE:

- Prof. Dr. Marion Ackermann** » Generaldirektorin der SKD
- Dr. Friedrich von Bose** » Leiter Forschung und Ausstellungen der Staatlichen Ethnographischen Sammlungen Sachsen
- Dr. Meike Hoffmann** » Provenienzforscherin FU Berlin
- Jana Kocourek** » Leiterin der Abteilung Handschriften, Alte Drucke und Landeskunde der SLUB Dresden
- Dr. Robert Langer** » Leiter der Sächsischen Landesfachstelle für Bibliotheken
- Prof. Dr. Gilbert Lupfer** » Vorstand der Stiftung Deutsches Zentrum Kulturgutverluste
- Dr. Jasper von Richthofen** » Görlitzer Sammlungen für Geschichte und Kultur und Direktor des Sächsischen Museumsbundes

LAUFENDE GESETZGEBUNG

TITEL EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum im Freistaat Sachsen (SächsZwG), 7/8495 DIE LINKE	Zur Bekämpfung von örtlichem Wohnraummangel sollen Kommunen ermächtigt werden, die Umnutzung von Wohnraum zu anderen Zwecken unter Genehmigungsvorbehalt zu stellen.	1. Beratung sowie Überweisung an den Ausschuss für Regionalentwicklung (ffd.) und den Ausschuss für Inneres und Sport am 10. Februar 2022
Zweites Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundes-Immissionsschutzgesetz und zum Benzinbleigesetz, 7/8514 Staatsregierung	Der Gesetzentwurf sieht Zuständigkeitsregelungen vor für die Marktüberwachung bestimmter Verbrennungsmotoren sowie für die Erstellung von Lärmkarten für Hauptverkehrsstraßen.	Überweisung an den Ausschuss für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft (ffd.) sowie den Haushalts- und Finanzausschuss am 22. Dezember 2021
Gesetz zur Einführung des Gesetzes über die Transparenz von Informationen im Freistaat Sachsen, 7/8517 Staatsregierung	Mit dem geplanten Gesetz soll ein Anspruch auf Zugang zu allen relevanten Informationen des Freistaates Sachsen geschaffen werden. Bestimmte Informationen müssen zudem von Amts wegen auf einer Online-Transparenzplattform veröffentlicht werden.	Überweisung an den Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung (ffd.) sowie den Haushalts- und Finanzausschuss am 22. Dezember 2021
Gesetz zur Änderung des Heilberufezuständigkeitsgesetzes, 7/8730 Staatsregierung	Das Normsetzungsverfahren dient der Änderung und Ergänzung der Zuständigkeiten für den Vollzug des Berufsrechts der akademischen Heilberufe und der Gesundheitsfachberufe sowie der arzneimittel- und apothekenrechtlichen Vorschriften.	Überweisung an den Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt am 6. Januar 2022
Gesetz zum Zweiten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge, 7/8749 Staatsregierung	Der Gesetzentwurf bezweckt, den Änderungsstaatsvertrag in Landesrecht zu überführen. Dieser stärkt barrierefreie Medienangebote und enthält Anpassungen im Bereich des Jugendschutzes.	Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus am 11. Januar 2022
Erstes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Coronabewältigungsfondsgesetzes, 7/8829 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Die Möglichkeit zur Umschichtung von Ausgaben soll von derzeit 15 Prozent auf 35 Prozent angehoben werden. Der Ausgaberahmen für coronabedingte Ausgaben erhöhte sich damit von 2.875 Mio. Euro auf insgesamt bis zu 3.375 Mio. Euro.	Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss am 19. Januar 2022
Viertes Gesetz zur Änderung der Sächsischen Bauordnung, 7/8836 Staatsregierung	Das Änderungsvorhaben regelt die Holzbauförderung, Mindestabstände von Windkraftanlagen, den 5G-Netzausbau sowie weitere Anpassungen zur Unterstützung der Energiewende.	Überweisung an den Ausschuss für Regionalentwicklung am 20. Januar 2022
Erstes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Coronabewältigungsfondsgesetzes 7/8866 AfD	Mit dem Gesetzentwurf soll die Verwendung von Mitteln des Corona-Bewältigungsfonds für konjunkturpolitische Maßnahmen ausgeschlossen werden. Auch eine Erhöhung des Ausgaberahmens von 15 Prozent auf 35 Prozent der nicht verbrauchten Mittel ist vorgesehen.	Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss am 24. Januar 2022

ABGESCHLOSSENE GESETZGEBUNG

TITEL EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Drittes Gesetz zur Fortentwicklung des Kommunalrechts, 7/7991 Staatsregierung	Das Gesetz erweitert die Bürgerbeteiligung an kommunalpolitischen Entscheidungen. Zudem können Bürgermeister nun auch in Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern hauptamtlich beschäftigt werden. Ehemalige ehrenamtliche Bürgermeister erhalten einen pauschalen Ehrensold.	angenommen
Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie EU 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen, 7/8343 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Das Gesetz regelt verwaltungsorganisatorische Vorgaben im sächsischen Wasser- und Immissionsrecht, die der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/2001 dienen.	angenommen
Sächsisches Gesetz zur Corona-Sonderzahlung, 7/8828 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Beamte und Richter erhalten, entsprechend den Tarifbeschäftigten, zur Abmilderung der zusätzlichen Belastung auf Grund der Corona-Krise eine einmalige Sonderzahlung.	angenommen

Die »Laufende Gesetzgebung« zeigt den Fortschritt in aktuellen Gesetzgebungsverfahren des Sächsischen Landtags an. Unter »Abgeschlossene Gesetzgebung« sind angenommene und abgelehnte Gesetzentwürfe aufgeführt. Stand: 17. Februar 2022.

»Der Abgrund menschlichen Handelns«



Foto: P. Sosnowski

// Am diesjährigen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus erinnerte Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner gemeinsam mit Ministerpräsident Michael Kretschmer an die Euthanasie-Verbrechen in Großschweidnitz. //



Dr. Daniel Thieme

Gedenken an den Gräbern

Landtag und Staatsregierung erinnern an die Opfer des Nationalsozialismus

Bildung und Erinnerung

Am Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz erinnerte der Sächsische Landtag gemeinsam mit der Sächsischen Staatsregierung an die Opfer des Nationalsozialismus. Das Gedenken fand diesmal nicht im Plenarsaal, sondern in einem kleinen Kreis

// Am 27. Januar 2022 legten Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner und Ministerpräsident Michael Kretschmer gemeinsam mit dem Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Dr. Markus Pieper, sowie Bürgermeister Jons Anders in der Gedenkstätte Großschweidnitz Kränze nieder. Die Erste Vizepräsidentin des Landtags, Andrea Dombois, nahm an einer Veranstaltung an der Gedenkstätte Münchner Platz in Dresden teil. //

auf dem Kriegsgräberfriedhof der Gemeinde Großschweidnitz statt.

Der sächsische Ministerpräsident, Michael Kretschmer, betonte: »Der heutige Tag ist eine Mahnung. Es ist unsere

gemeinsame Aufgabe dafür zu sorgen, dass sich dieses Unrecht nicht wiederholt. An einem Ort wie Großschweidnitz wird das Gedenken sehr konkret. Über 5 000 Frauen, Männer und Kinder wurden allein hier

ermordet.« Es liege nun in unserer Verantwortung, das historische Bewusstsein zu bewahren und das Wissen von Generation zu Generation weiterzugeben. Dafür brauche es Bildung und Orte der Erinnerung,

// Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner spricht zu den Anwesenden // Fotos: P. Sosnowski



so Michael Kretschmer. Er fügte an, dass mit der Überführung in die Trägerschaft der Stiftung Sächsische Gedenkstätten der Betrieb der Gedenkstätte Großschweidnitz nun dauerhaft gesichert sei.

Abgrund menschlichen Handelns

Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler mahnte in seiner Rede, der 27. Januar lasse uns in das dunkle Nichts blicken, zu dem Menschen im Abgrund ihres Herzens fähig seien. Er sei zugleich ein immerwährender Auftrag, den Opfern des Nationalsozialismus Ehre zu erweisen, ihnen ihre Würde zurückzugeben und ihr Andenken zu bewahren. »Die Opfer von Groß-

schweidnitz wurden damals in Massengräbern verscharrt. Aus dieser Dunkelheit heraus erhebt sich heute der Auftrag zur Erinnerung. Es gilt, das Schicksal der Opfer zu ehren und vor dem Vergessen zu schützen.«

Dr. Markus Pieper, Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, hob das in Großschweidnitz geleistete bürgerschaftliche Engagement heraus. Ohne dieses wäre die Übernahme in die Trägerschaft der Gedenkstättenstiftung nicht möglich gewesen. Bei einem anschließenden Rundgang entlang der auf dem Friedhof aufgestellten Namenstafeln wies Dr. Maria Fiebrandt vom Verein Gedenkstätte Großschweidnitz darauf hin, wie wichtig es sei, sich mit den einzelnen Lebensgeschichten der Opfer zu beschäftigen.



// Landtagsvizepräsidentin Andrea Dombois erinnerte am 27. Januar 2022 in Dresden vor der Gedenkstätte Münchner Platz an die Opfer des Nationalsozialismus. // Fotos: Landtag

GEDENKSTÄTTE GROßSCHWEIDNITZ

Mehr als 5 000 Euthanasie-Opfer

Zwischen den grünen Hügeln der Oberlausitz liegt südlich der Stadt Löbau die Gemeinde Großschweidnitz. Der Ort ist schicksalhaft verbunden mit dem dortigen Krankenhaus, das 1912 als Königlich-Sächsische Heil- und Pflegeanstalt gegründet wurde. Es verfügte anfangs über 524 Betten. Die Kapazität wurde bereits zehn Jahre später erweitert.

Ab 1934 verfolgten die Nationalsozialisten das Ziel, psychisch kranke Menschen, die als »minderwertig« galten, zu sterilisieren und an der Fortpflanzung zu hindern. In der Folge gehörten Zwangssterilisationen zum Alltag des Krankenhauses. Ab 1938 begann in

Foto: P. Sosnowski



Großschweidnitz die gezielte Mangelversorgung von Patienten, mit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges dann ihre systematische Vernichtung. Über 2 300 psychisch kranke, geistig behinderte und alte Menschen wurden zwischen Juli 1940 und August 1941 über die Anstalt Großschweidnitz in die Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein transportiert, wo sie in einer Gaskammer ermordet wurden (»Aktion T4«). In Großschweidnitz selbst starben durch Unterernährung, pflegerische Vernachlässigung und überdosierte Beruhigungsmittel bis 1945 insgesamt mehr als 5 000 Menschen. So hoch die Zahl der Opfer auch war, nur wenige Schuldige wurden nach Kriegsende belangt. Am Landgericht Dresden kam es 1947 zum »Euthanasie«-Prozess gegen Ärzte und Pfleger aus Großschweidnitz.

Aufgaben der Gedenkstätte

Der ehemalige Anstaltsfriedhof ist heute ein Ort der Erinnerung und Bildung. Seit 2012 finden regelmäßig Veranstaltungen und Führungen statt. Wanderausstellungen informieren über Einzelaspekte der nationalsozialistischen Verbrechen. Auf dem Außengelände erinnern Namenstafeln an jene Menschen, die damals würdelos begraben wurden. Ein Denkmal von Detlef Hermann lädt zum Gedenken an die Opfer der Krankenhausmorde ein. Außerdem gehört das ehemalige Pathologiegebäude mit Trauerhalle zum Friedhof. Um weiteren Raum für die Aufarbeitung und Erinnerungsarbeit zu schaffen, baut die Gedenkstätte derzeit ein neues Gebäude. Es soll später einmal die Dauerausstellung aufnehmen.



// In den zurückliegenden zwei Jahren debattierte der Sächsische Landtag regelmäßig über den Umgang mit der Corona-Pandemie. Doch es wurde nicht nur geredet, sondern mit Blick auf den Gesundheitsschutz auch gehandelt. Zu den bewährten Hygienemaßnahmen und Reihentestungen kam im Frühjahr 2021 erstmals das Angebot einer Corona-Schutzimpfung hinzu. //

// Oben: Warteschlange für eine Impfung am Tag der offenen Tür 2021 im Sächsischen Landtag // Fotos: Landtag

Spritze im Parlament

Landtag sichert mit eigenen
Impfungen die Arbeitsfähigkeit

Die Redaktion

»Der Sächsische Landtag wird zum Impfzentrum!« – Mit dieser Schlagzeile kommentierte ein sächsischer Radiosender am Morgen des 22. April 2021 die gerade angelaufene Impfaktion im Landtagsgebäude. Dabei ging es den Organisatoren nicht um ein großes Medien-Echo. Vielmehr war es notwendig, die Handlungsfähigkeit des Parlaments inmitten der Corona-Pandemie abzusichern. Der Landtag befasste sich zu dieser Zeit mit dem Haushaltsplan 2021/2022, seine Verabschiedung im Plenum war spürbar herangerückt.

Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler stellte damals klar: »Es ist meine Pflicht, dafür zu sorgen, dass der Parlamentsbetrieb weiterhin sichergestellt ist und wir mit einem koordinierten

Impfangebot die Gefahr schwererer Erkrankungen schnellstmöglich verringern.« Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) setzte die Erst- und Zweitimpfungen im Landtag federführend um. Einladungen erhielten nicht nur Abgeordnete und Mitglieder der Staatsregierung, sondern ebenso alle Landtagsmitarbeiterinnen- und -mitarbeiter einschließlich

des Kantinenpersonals und des Reinigungsdienstes.

Planung bis ins Detail

Hinter den Kulissen bedeutete die Impfaktion einen organisatorischen Kraftakt. Die Organisationen von DRK, Johannitern, Maltesern und THW halfen

ebenso tatkräftig wie Soldaten der Bundeswehr. Den reibungslosen und zügigen Ablauf innerhalb des Hauses stellten die Mitarbeiter der Landtagsverwaltung sicher. Sie organisierten Impftermine, bereiteten Räume vor oder stellten PC- und Netzwerktechnik auf. Die Helfer konnten in mancher Hinsicht auf Erfahrungen zurückgreifen, die sie bei den Reihentestungen in den Monaten zuvor gesammelt hatten.

Insgesamt erfuhr die Impfaktion im Frühjahr eine rundum positive Resonanz. Zahlreiche Abgeordnete lobten die professionelle Durchführung. An den sechs Impftagen des Jahres 2021 verabreichten die Ärzte 1234 Impfungen. Hinzu kamen weitere 600 Immunisierungen am 2. und 3. Oktober für Besucher des Dresdner Stadtfestes sowie Anfang Januar für impfwillige Bürger. Zu denjenigen, die kurzfristig eines der Impfangebote im Landtag wahrnahmen, zählte am 6. Januar 2022 ein 92-jähriger Mann. Der rüstige Rentner ließ sich eine Boosterimpfung verabreichen.



Schülerpraktikant Mika

befragt Abgeordnete:

**»Was gefällt dir
an deiner Arbeit
und was nicht?«**

// 119 Abgeordnete sitzen aktuell im Sächsischen Landtag. Doch wer sind die Personen, die Politik zu ihrem Beruf gemacht haben? Mandatsträgerinnen und Mandatsträger aller Fraktionen standen dem Jugendreporter Rede und Antwort. //

Grafik: Dmitry Kovalchuk/stock.adobe.com

POLITIKER PERSÖNLICH

Was Abgeordnete über
ihren Beruf denken

// Im Rahmen einer Video-Reihe traf Schülerpraktikant Mika Quaitsch Politikerinnen und Politiker des Sächsischen Landtags und stellte ihnen Fragen zu ihrer Arbeit. Einige Antworten stellt der Landtagskurier hier vor, die vollständigen Interviews sind auf YouTube abrufbar. //

WAS HAST DU VORHER GEMACHT? Ich habe eine Ausbildung zum Drucker gemacht, auch eine Facharbeiterausbildung abgeschlossen. Dann bin ich 1990 in die Kommunalverwaltung meiner Heimatstadt gewechselt und habe später noch Wirtschaftswissenschaften studiert. **WAS SAGEN DEINE FREUNDE UND VERWANDTEN?** Na, die kennen das natürlich schon sehr viele Jahre. Die nutzen das natürlich auch, Dinge zu fragen oder Kritik zu üben. Das ist ganz klar, aber ich glaube, sie sind so ein Stück weit zufrieden, dass sie einen Ansprechpartner haben, der sich mit Politik beschäftigt. Und die Familie trägt es natürlich mit. Das ist ganz wichtig.

Sören Voigt (CDU)



WAS HAST DU VORHER GEMACHT? Ich habe einen Handwerksberuf erlernt und kann auf über 30 Jahre praktische Tätigkeit zurückblicken. Als Dachdeckermeister kenne ich die Probleme der Menschen im Lande hautnah. Meine Freunde nennen mich inzwischen »ihren Volkslobbyisten«. **WAS GEFÄLLT DIR DARAN, ABGEORDNETER ZU SEIN?** Es gefällt mir, in einer großen Gruppe von Politikern die Politik in Sachsen oder Sachsen überhaupt aktiv mitzugestalten.

Timo Schreyer (AfD)



INTERVIEWS
IN VOLLER LÄNGE



YouTube-Kanal
Sächsischer Landtag



Mika Quaitsch

WAS FINDEST DU DENN AN DEINEM JOB GUT? Mir macht es Spaß, dass ich ganz aktiv Sachen gestalten kann, also auch an Veränderungen mitwirke. Ich finde es beeindruckend, dass man als Politikerin immer so unterschiedliche Perspektiven bekommt – und tatsächlich Dinge verändern kann.

UND WAS GEFÄLLT DIR NICHT SO? Manchmal nervt es mich, dass die Sachen so lange dauern. Ich finde, manche Dinge könnte man schneller machen oder schneller zu Entscheidungen kommen. Aber es gibt nun einmal gewisse Regeln, die einfach in der Politik so sind. Leider bleibt bei der vielen Arbeit auch nicht so viel Zeit für Freizeit.



Franziska Schubert
(BÜNDNISGRÜNE)

WAS SAGEN DEINE ELTERN DAZU, DASS DU JETZT AUCH FÜR »DIE LINKE« IM LANDTAG SITZT? Sie finden das cool, was ich mache. Als ich mit meiner Familie im Alter von 12 Jahren nach Deutschland gekommen bin, da hat niemand von uns auch nur annähernd sich das vorstellen können, dass ich irgendwann als Abgeordnete in einer gewählten Volksvertretung tätig sein darf.

UND WAS GEFÄLLT DIR NICHT SO? Die Linke ist seit 30 Jahren in der Opposition. Dementsprechend können wir nichts von unseren guten Ideen und Konzepten umsetzen, weil wir dafür keine eigene Stimmenmehrheit haben.



Anna Gorskih (DIE LINKE)

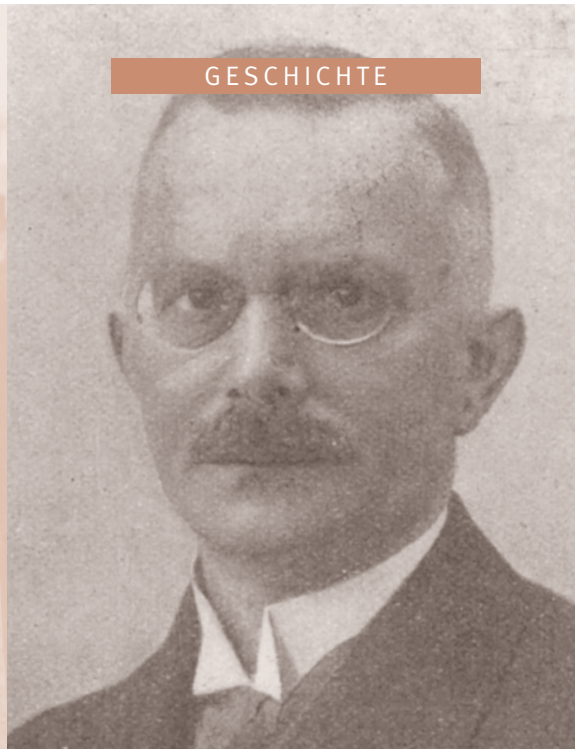
WAS HAST DU VORHER GEMACHT? Also, ich war vorher Krankenschwester – oder ich bin Krankenschwester, 30 Jahre, Hospizkoordinatorin, Trauertherapeutin und habe die letzten Jahre im Hospizdienst gearbeitet. In meiner Fraktion bin ich jetzt die sozialpolitische Sprecherin und habe ganz viel mit Pflege und Gesundheit zu tun und das liegt mir schon.

UND WAS FINDEST DU EHER NICHT SO SCHÖN? Was mich die ersten zwei Jahre ziemlich begleitet hat, war das Gefühl, für ganz viele Dinge verantwortlich zu sein, die man eigentlich gar nicht selber verursacht hat. Man kriegt da wenig Dankeschön dafür.



Simone Lang (SPD)

// Die sächsischen Ministerpräsidenten zur Zeit der Weimarer Republik übten ihr Amt in einer politisch unruhigen Zeit aus. Ihre Biografien und politischen Werdegänge spiegeln die Umbrüche jener Epoche. Der Landtagskurier zeichnet ihr politisches Wirken und ihr Verhältnis zum sächsischen Parlament nach. //



// Max Heldt (1872–1933) um 1924 //
Foto: SLUB Dresden / Deutsche Fotothek

Dr. Janosch Förster

Max Heldt – Im Dienst der Großen Koalition

Ministerpräsidenten und Landtag in der Zeit von 1919 bis 1933 (Teil 5)

»Der Held des Tages! – ein heldenhaftes Kabinet! – Mal sehen wie lange der hält!« – so tönte es am 4. Januar 1924 von links und rechts durch den Saal der ehemaligen Zweiten Kammer im Ständehaus. Der so gescholtene Abgeordnete wandte sich zum Präsidenten, nahm seine soeben erfolgte Wahl zum Ministerpräsidenten an und verkündete dann: »Ich bin mir bewußt, daß ich unter den obwaltenden Verhältnissen einen sehr schweren Gang gehe, glaube aber, im Interesse des gesamten sächsischen Volkes und des Landes Opfer bringen zu müssen und die mir verbliebene Kraft dem Dienste der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen.« Max Heldt (1872–1933) hatte gewagt, was im gespaltenen Freistaat der Weimarer Republik fast undenkbar schien: Er hatte sich von einer Koalition aus Parteien beider politischen

Lager, von Sozialdemokraten auf der einen und bürgerlichen Demokraten und Nationalliberalen auf der anderen Seite, zum Ministerpräsidenten wählen lassen. Der Preis dafür war hoch: Hass auf der linken, zynische Verachtung auf der äußersten rechten Seite und die Spaltung der eigenen Fraktion. Und doch war dem erfahrenen Abgeordneten klar, dass es in der damaligen Lage des Freistaats keine andere Alternative gab, als diese Bürde auf sich zu nehmen. Eine parlamentarische Demokratie lebt von Kompromissen.

Heldt hielt sich: Kein sächsischer Ministerpräsident der Weimarer Republik war länger im Amt als er. Und keiner war mit dem Landtag so eng verbunden. Denn während zum Beispiel Georg Gradnauer, der erste demokratisch gewählte Ministerpräsident des Freistaats Sachsen, fast durchgehend ein

Regierungschef ohne Sitz im Plenum war, verfügte Heldt während seiner gesamten politischen Karriere, von 1909 bis 1930, über ein Mandat im sächsischen Landtag. Dabei legte Heldt – so scheint es – einen Zickzackkurs durch das gesamte politische Spektrum zurück: Er war Oppositionspolitiker, königlicher Staatsrat, Arbeiter- und Soldatenrat, Minister, Regierungschef und schließlich wieder einfaches SPD-Mitglied. Einer Verfolgung durch die Nationalsozialisten entging er wohl nur, weil er bereits Ende 1933 starb.

Seinen politischen Grundsätzen blieb er durchweg treu. Nicht Heldt hatte sich in den rund 20 Jahren seiner parlamentarischen Aktivitäten radikal verändert, sondern die politischen Verhältnisse um ihn herum. Für Heldt waren eine soziale und keineswegs rassistisch defi-

nierte »Volksgemeinschaft« und unbedingte »Staatsbejahung«, also Loyalität zu den bestehenden staatlichen Institutionen der jungen Demokratie, jene Fixpunkte, an denen er sein Handeln ausrichtete. Nicht selten führte das zu Unverständnis, Häme, ja sogar Verachtung im Kreise seiner Genossen und Gegner.

Abgeordneter, Minister, Ministerpräsident

Max Wilhelm August Heldts parlamentarische Karriere begann mit seiner erfolgreichen Bewerbung um ein Mandat für die Zweite Kammer des sächsischen Landtags 1909. Zu diesem Zeitpunkt hatte der in Potsdam geborene Sohn eines Fuhrgeschäftsinhabers bereits eine erfolgreiche Karriere im Deutschen Metallarbeiter-Verband

begonnen. Wie viele gewerkschaftlich organisierte Sozialdemokraten dieser Zeit etablierte sich Heldt mehr als Reformler denn als Revolutionär. Bereits 1910 hatte er im Parlament deutlich gemacht, dass aus seiner Sicht seine Partei, die SPD, das »Vaterland über die Partei« stelle. Und so gehörte er denn auch zu jenen »Burgfrieden-Politikern«, die den Kurs der Reichsregierung zu Beginn des Ersten Weltkriegs mittrugen. Heldt nahm selbst am Weltkrieg teil und war damit einer der Abgeordneten, die die Kriegsfüh-

übernahmen die Macht, Heldt selbst war dabei allerdings nicht an führender Stelle beteiligt. Erst als der Kurs der gemäßigten Mehrheitssozialdemokraten sich durchsetzen konnte, wurde er erneut in die sächsische Landesregierung berufen. Diesmal als Arbeits- und später, ab Ende 1920, als Finanzminister. Gleichzeitig war Heldt für den 3. Dresdner Wahlkreis zum Mitglied der Volkskammer gewählt worden. Unter Ministerpräsident Erich Zeigner musste Heldt gehen. Seine Stunde schlug erst, als das »linksrepublikanische Projekt« scheiterte.

naive Art qualifizierte ihn scheinbar zum perfekten Verwalter der Großen Koalition. Die Wut der Linken und die Verachtung der äußeren Rechten ließen ihn dabei offenbar kalt. Im Gegenteil: In den rund fünf-einhalb Jahren seiner Amtszeit gefiel sich Heldt in der Rolle des Ministerpräsidenten der Mitte, der sich mit Frack und hohem Hut gerne bei Eröffnungen, Festreden und dergleichen sehen ließ.

Besonders konfliktreich gestaltete sich in seiner Amtszeit die Frage der Beamtenpolitik: Heldt kam in Verruf, weil er einerseits altgediente, monar-

neue Partei, die »Alte Sozialdemokratische Partei Sachsens« (ASPS) hielt zum »Bürgerblock«. So blieb Heldt zwar im Amt, führte nun aber eine Regierung unter Duldung der konservativen, antisemitischen DNVP, mit einer Mehrheit, die nur noch mit viel Wohlwollen als »Große Koalition« firmieren konnte – schließlich gehörte die SPD-Fraktion nun zur Opposition.

Heldt betonte im Landtag, seine Motivation für eine erneute Regierungsbildung bestehe in einer »Zusammenfassung der Kräfte, die guten Willens sind, am Staate mitzuarbeiten.« Er setzte sich für eine weitere Vernetzung der Länder des Reiches ein, wovon auch der Landtag profitierte.

Im März 1929 wurde der Landtag aufgelöst. Als einzige Abgeordnete ihrer Partei verblieben die ehemaligen Ministerpräsidenten Wilhelm Buck und Max Heldt im Parlament. In einer kuriosen Wahl wurde der DVP-Abgeordnete Wilhelm Bünger zu ihrem Nachfolger gewählt. Heldt erkannte die Wahl Büngers zunächst nicht an, beugte sich aber schließlich den politischen Realitäten. Als ehemaliger Ministerpräsident setzte er sich in seinen Reden für einen sozialen und politischen Ausgleich ein. Dem Landtag dieser Wahlperiode war jedoch eine noch kürzere Zeit beschieden. Bereits im Juni 1930 wurde erneut gewählt und Max Heldt verlor endgültig auch sein Landtagsmandat. 1932 kehrte er in die SPD zurück.

Über seinen weiteren Werdegang ist kaum etwas bekannt, denn noch immer fehlt es an einer fundierten Biografie. Er starb 58-jährig in Dresden. Max Heldt war ein Ministerpräsident des Ausgleichs – ein hartes Los im gespaltenen Freistaat des frühen 20. Jahrhunderts. Aufgrund seines frühen Todes geriet er in Vergessenheit. Bis heute spielt er in der Erinnerungskultur Sachsens keine Rolle.



// Ministerpräsident Max Heldt vor dem Dresdner Kugelhaus während der Eröffnung der Jahresschau Deutscher Arbeit Dresden 1928 // Foto: BArch, Bild 102-05912 / Georg Pahl

an der Front mit all ihren Schrecken persönlich miterleben mussten. Als kurz vor Ende des Kriegs versucht wurde, das politische System des Königreichs grundlegend zu reformieren, wurde der Sozialdemokrat Heldt sogar noch zum »Staatsminister ohne Portefeuille« ernannt, ein vor dem Krieg noch undenkbarer Akt. Doch die Revolution von 1918/19 machte alle Reformbemühungen obsolet. Arbeiter- und Soldatenräte

Zwar hatte sich bereits Anfang 1923 eine Mehrheit der SPD-Fraktion zur Zusammenarbeit mit der demokratischen DDP und der nationalliberalen DVP bereit erklärt, doch erst nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Alfred Fellisch kam ein solches Bündnis wieder in Betracht. Heldt schien hierfür der geeignete Mann zu sein. Seine preußisch-nüchterne, pragmatische, bürokratiefreundliche, möglicherweise auch manchmal etwas

chisch denkende Beamte auch trotz zweifelhafter Entscheidungen im Staatsdienst beließ – sofern er sie für fachlich nicht ersetzbar hielt – gleichzeitig aber junge, demokratisch eingestellte aber unerfahrene Beamte versetzte, wenn sie Fehler machten. Damit verspielte er das Vertrauen auf Seiten der Linken – ohne sich auf der Rechten wenigstens Respekt als Machtpolitiker zu verdienen. Bei den Landtagswahlen 1926 verlor Heldts Koalition die parlamentarische Mehrheit. Seine

Besuch des slowakischen Botschafters im Ständehaus

Landtagspräsident Dr. Matthias Röbller empfing am 9. Januar 2022 den Botschafter der Slowakischen Republik, Marián Jakubócy, zum Antrittsbesuch im Ständehaus. Zu Beginn trug sich der Diplomat in das Gästebuch des Sächsischen Landtags ein. Im nachfolgenden Gespräch ging es um Themen der weiteren guten bilateralen Zusammenarbeit, der Förderung der Kooperation zwischen den Parlamenten sowie um das Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag.



Foto: J. Männel

30 Jahre Deutsch-Ungarischer Freundschaftsvertrag

Auf Einladung des Ministers im Amt des Ministerpräsidenten der Republik Ungarn, Dr. Gergely Gulyás, hielt Landtagspräsident Dr. Matthias Röbller auf der Jubiläumsfeier anlässlich des 30. Jahrestags des Deutsch-Ungarischen Freundschaftsvertrags am 14. Februar 2022 in Budapest eine Festrede. Am darauffolgenden Tag kam er im ungarischen Parlament mit Dr. László Kövér, dem Präsidenten der Ungarischen Nationalversammlung, zu einem freundschaftlichen Austausch zusammen.



Foto: Pólya-Pető Dávid

// Dr. Matthias Röbller und Dr. László Kövér

Präsenzfürungen wieder möglich

Am 28. Februar öffnete der Landtag wieder seine Tore für angemeldete Besuchergruppen. Sie können nun wieder an einer Tour durch die Räume des Parlaments teilnehmen. Auch das Bürgerfoyer mit Ausstellung kann von Montag bis Freitag zwischen 9 und 18 Uhr besichtigt werden.



www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshmtl



www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.cshmtl



Der Sächsische Landtag auf Twitter: twitter.com/sax_lt und auf Instagram: [instagram.com/sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

Weitere Plenarsitzungen sind vorgesehen am:

23.03. – 24.03.2022
04.05. – 05.05.2022
01.06. – 02.06.2022
13.07. – 14.07.2022
21.09. – 22.09.2022
09.11. – 10.11.2022
15.12. – 16.12.2022
19.12. – 20.12.2022

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausgestrahlt.

Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen

CDU
Tel. 0351 493-5601
AfD
Tel. 0351 493-4201
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
BÜNDNISGRÜNE
Tel. 0351 493-4800
SPD
Tel. 0351 493-5700

Besucherdienst

Anmeldungen für Digital- und Präsenz-Führungen sowie Planspiele nehmen wir unter Tel. 0351 493-5132 entgegen.

Bürgerfoyer

Im Bürgerfoyer können Sie die Ausstellung »DAS PARLAMENT DER SACHSEN« sowie Wechselausstellungen von Montag bis Freitag in der Zeit von 9 – 18 Uhr individuell besuchen. Es gelten die ausgehängten Hygieneregeln.

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/aktuelles/Landtagskurier.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei.

Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,
Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133, publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbller vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Heiner Ridder, Janina Wackernagel (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s.o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23 – 35, 01159 Dresden
Redaktionsschluss: 17.02.2022
Gastautoren: Dr. Janosch Förster (TU Dresden)

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten. Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Das im Landtagskurier genutzte generische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient ferner der besseren Lesbarkeit.